

Vertrag über die Bereitstellung von Software zur Nutzung von Ladeinfrastruktur und deren Anwendung, Wartung und Betreuung („Backendvertrag“)

zwischen der

solid GmbH
Benno-Strauß Straße 7
90763 Fürth

nachfolgend „**solid**“

sowie

der von solid GmbH vertretenen **Unternehmen und Gesellschaften** gem. **Anlage 08**

– nachfolgend einzeln „**der Auftraggeber**“, alle zusammen
inkl. der solid GmbH „**die Auftraggeber**“ –

und

XXX
xxx
xxxxxxx

– nachfolgend „**Auftragnehmer**“ genannt –

– nachfolgend Auftraggeber und Auftragnehmer gemeinsam auch „**Parteien**“ oder
„**Vertragsparteien**“ –

Vorbemerkung

Die solid koordiniert und gestaltet den Ladeverbund+. Diesem haben sich etwa 60 Stadt- und Gemeindewerke angeschlossen, die das Ziel verfolgen, die Elektromobilität durch den gemeinsamen Ausbau einer flächendeckenden und kundenfreundlichen Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge voranzubringen.

Durch ein gemeinsames, einheitliches Zugangs- und Abrechnungssystem soll die Verbreitung der Elektromobilität weiter vorangebracht und die Nutzerfreundlichkeit erhöht werden. Zurzeit betreiben die Auftraggeber gemeinsam etwa 500 Ladestationen mit 1000 Ladepunkten in Nordbayern und angrenzenden Regionen. Es besteht die Absicht dieses Angebot in den nächsten Jahren weiter stark auszubauen. In einem europaweiten Wettbewerb haben die Auftraggeber [mit dem Auftragnehmer] einen kompetenten, leistungs- und wettbewerbsfähigen Partner gefunden.

Die solid ist von den einzelnen Auftraggebern, die sich aus der **Anlage 08** ergeben, beauftragt und bevollmächtigt diesen Backendvertrag in deren Namen für diese zu abzuschließen sowie nachfolgend die Betreuung und Vertragsabwicklung durchzuführen. Die Verwaltung des Gesamtsystems erfolgt durch die solid, insbesondere die Konfiguration und das Anlegen von Mandanten für die einzelnen Auftraggeber. Auch ist die solid berechtigt die in diesem Vertrag festgelegten Auftraggeberrechte und -pflichten für diese gegenüber dem Auftragnehmer wahrzunehmen.

Die Regelungen dieses Backendvertrages gelten für die solid sowie jeden Auftraggeber als Einzelvereinbarungen. Eine gesamtschuldnerische Haftung der Auftraggeber besteht nicht.

§ 1 Allgemeiner Vertragsgegenstand

Gegenstand des Vertrages ist die entgeltliche Bereitstellung des für die Bewirtschaftung von Ladepunkten für E-Autos erforderlichen Gesamtsystems durch den Auftragnehmer. Die Anzahl der Ladepunkte je Auftraggeber sowie die Standorte ergeben sich aus der **Anlage 09 „Ladepunkte“**.

Hierzu stellt der Auftragnehmer ein mandantenfähiges Gesamtsystem, auch „Auftragnehmer-Backend“ oder „Vertragssoftware“ genannt, mit den in § 2 aufgeführten Leistungen für intelligente Ladeinfrastruktur-Lösungen für E-Autos in der Art und Weise bereit,

- dass der Fahrer des E-Autos (im Folgenden „Nutzer“) sein E-Auto an den Ladepunkten aller Auftraggeber laden kann und hierüber jeweils eine Rechnung erhält vom jeweiligen Betreiber der Ladestation.
- dass der Auftragnehmer für die Auftraggeber die gesetzeskonforme Abrechnung und Zahlungsabwicklung im Verhältnis zu den Nutzern der Ladepunkte sowie gegebenenfalls der Auftraggeber untereinander übernimmt.

§ 2 Leistungsbeschreibung

1. Zur Erfüllung des oben beschriebenen Vertragsgegenstandes stellt der Auftragnehmer mandantenfähiges Gesamtsystem bereit, bestehend aus den folgenden Leistungen. Die Kategorien beziehen sich auf das Service Level Agreement „SLA“ (**Anlage 02**):

- a) Bereitstellung einer Nutzeroberfläche (Bsp. Applikation) (Kategorie A)
 - b) Bereitstellung einer Self-Service-Funktion (Kategorie B)
 - c) Bereitstellung einer Betreiberoberfläche (Kategorie A)
 - d) Auftraggeberbranding
 - e) Auffindbarkeit der Ladeinfrastruktur
 - f) Bereitstellung von Medien zur Autorisierung am Ladepunkt des Nutzers (Kategorie A)
 - g) Gestaltung flexibler Tarifsysteme
 - h) Rechnungsstellung und Durchführung der Zahlungsflüsse (Kategorie A)
 - i) Anbindung an die Fahrstromanbieterplattformen (Kategorie A)
 - j) Analysemöglichkeiten / Reportfunktion (Kategorie B)
 - k) Monitoring der Ladestation (Kategorie A)
 - l) Fernsteuerung der Ladeinfrastruktur (Kategorie A)
 - m) Alarmierungsfunktion / Entstörungsprozess (Kategorie A)
 - n) Bereitstellung eines Ticketingsystems (Kategorie B)
 - o) Bereitstellung eines integrierten Assetmanagements (Kategorie B)
 - p) Anbindung verschiedener Ladeinfrastruktur und die Zusammenarbeit mit Herstellern von Ladeinfrastruktur
 - q) Eichrechtskonforme Abrechnung (Kategorie A)
 - r) Lastmanagement (Kategorie B)
 - s) Bereitstellung von Konzepten zur Anbindung weiterer Gruppen von Ladeinfrastrukturkunden
 - t) Migration des bisherigen Gesamtsystems
 - u) Bereitstellung von Softwarestabilität und Konnektivität (Kategorie A)
 - v) Bereitstellung und Pflege der Schnittstellen
 - w) Bereitstellung und Pflege von Servern und Datenbanken für das Hosting inkl. der notwendigen Betriebssysteme und Datensicherung (Kategorie A)
 - x) Online- und Telefon-Service im Third-Level-Support für Beratungs-, Service- und Fehlerfälle von Backendseite
 - y) Schulungen und Anwenderdokumentation
 - z) Möglichkeit zur Kooperation mit anderen Kunden des Auftragnehmers und zu internem Roaming.
2. Die in § 2. Ziffer 1. enthaltenen einzelnen Leistungsbestandteile des Gesamtsystems ergeben sich aus dem Anforderungskatalog (**Anlage 01**).
 3. Die einzuhaltenden Service Level ergeben sich aus (**Anlage 02**).

§ 3 Einräumung Nutzungsrecht

1. Dem Auftraggeber wird für die Dauer des Vertrags ein nicht ausschließliches Nutzungsrecht an dem Gesamtsystem nach Art und Umfang, wie es sich aus dem beigefügten Anforderungskatalog (**Anlage 01**) ergibt, eingeräumt.
2. Der Auftragnehmer überlässt dem Auftraggeber die Vertragssoftware durch [●], sowie eine gedruckte oder per Download erhältliche Version der zugehörigen Benutzerdokumentation. Erfolgt die Lieferung im Wege des Downloads, so stellt Auftragnehmer dem Auftraggeber die Vertragssoftware und die Benutzerdokumentation auf seiner Homepage (<http://www...>) zum Download bereit. Für den Log-In in den geschützten Bereich seines Internetauftritts teilt er ihm den Benutzernamen sowie das zugehörige Passwort (im Folgenden „Zugangsdaten“) mit. Für den Fall, dass die Software mittels Lizenzschlüssel geschützt ist, erhält Auftraggeber den Lizenzschlüssel ausschließlich für die Nutzung der Software wie im vorliegenden Vertrag und der Benutzerdokumentation näher bestimmt.

3. Die Beschaffenheit und Funktionalität der Vertragssoftware ergibt sich abschließend aus dem beigefügten Anforderungskatalog (**Anlage 01**).
4. Installations- und/oder Konfigurationsleistungen [●●●sind//sind nicht●●●] Gegenstand dieses Vertrags und werden gegebenenfalls gemeinsam abgestimmt.
5. Der Auftraggeber erhält das Recht, die vertragsgegenständlichen Leistungen über ein Mandantenmodell Dritten entgeltlich oder unentgeltlich zur Verfügung zu stellen.
6. Optional: Der Auftraggeber erhält das Recht, die Vertragssoftware unterzulizensieren.

§ 4 Pflege der Vertragssoftware

1. Der Auftragnehmer erbringt während der Vertragslaufzeit folgende Leistungen:
 - a) Fortentwicklung
Der Auftragnehmer entwickelt die Vertragssoftware in Bezug auf Qualität und Modernität fort, passt sie an geänderte Anforderungen an, beseitigt Fehler, um die geschuldete Qualität aufrechtzuerhalten, und überlässt Auftraggeber hieraus entstehende neue Versionen der Vertragssoftware. Miterfasst sind kleinere Funktionserweiterungen.
 - b) Störungshilfe
Der Auftragnehmer unterstützt den Auftraggeber durch Hinweise zur Softwarenutzung und zur Fehlervermeidung, Fehlerbeseitigung und Fehlerumgehung.
2. Der Auftragnehmer erbringt die benannten Pflegeleistungen nach dem jeweiligen Stand der Technik und so, dass sie sich am Interesse der Gesamtheit der Auftraggeber orientieren.
3. Diese Leistungen sind mit der Vergütung abgegolten.

§ 5 Vergütung, Fälligkeit

1. Der Vergütung und Fälligkeit ergeben sich aus dem Preisblatt (**Anlage 07**).

§ 6 Subunternehmer

1. Dem Auftragnehmer ist es gestattet, Leistungen durch Dritte (im Folgenden „Subunternehmer“) erbringen zu lassen.
2. Auftragnehmer bedient sich bereits jetzt für einzelne Leistungen der folgenden Subunternehmer:
 - [●]
 - [●]
3. Neue Subunternehmer sind dem Auftraggeber vorab mitzuteilen und bedürfen der Zustimmung des Auftraggebers. Eine Verweigerung der Zustimmung ist nur in begründeten Fällen möglich.

§ 7 Mitwirkungspflichten der Vertragsparteien

1. Der Auftraggeber wird dem Auftragnehmer die zur Erbringung der vertragsgegenständlichen Leistungen erforderlichen Informationen, Daten, Unterlagen, etc. nach angemessenen Vorgaben des Auftragnehmers stets rechtzeitig zur Verfügung stellen. Werden Mitwirkungspflichten nicht oder nicht ordnungsgemäß erfüllt und entstehen hierdurch Verzögerungen, haftet Auftragnehmer für diese Verzögerungen und die hierdurch resultierenden Folgen nicht.
2. Die Übermittlung und/oder der Versand von Daten, Datenträgern und Dokumenten etc. von und zum Auftragnehmer erfolgt jeweils auf Kosten und Gefahr der übermittelnden/versendenden Partei.
3. Der Auftraggeber benennt dem Auftragnehmer einen verantwortlichen Ansprechpartner. Die Kommunikation zwischen dem Auftragnehmer und dem Auftraggeber erfolgt stets über den Ansprechpartner des Auftraggebers und/oder die solid.
4. Der Auftraggeber wird dem Auftragnehmer etwaige Mängel in nachvollziehbarer Form im Rahmen des ihm Zumutbaren unter Berücksichtigung aller für die Mangelerkennung und Mangelbeseitigung erforderlichen Informationen melden. Er wird hierbei insbesondere die Arbeitsschritte, die zum Auftreten des Fehlers geführt haben, die Auswirkungen sowie das Erscheinungsbild des Mangels angeben.
5. Der Auftraggeber wird die benötigten Einstellungen und Angaben in der Vertragssoftware vornehmen, um die jeweiligen vertragsgegenständlichen Leistungen in vollem Umfang nutzen zu können.
6. Der Auftraggeber hat seine Zugangsdaten zur Vertragssoftware sicher zu verwahren und darf diese nur jeweils berechtigten Mitarbeitern zugänglich machen.
7. Der Auftraggeber räumt dem Auftragnehmer an sämtlichen Inhalten, die er in das Auftragnehmer-Backend überträgt, ein einfaches räumlich und zeitlich unbeschränktes Nutzungsrecht ein, sofern und soweit dies zur Erfüllung der vertragsgegenständlichen Leistungen notwendig ist. Dieses Nutzungsrecht umfasst insbesondere das Recht, die Inhalte zu vervielfältigen und sie im Rahmen des Erforderlichen und unter Berücksichtigung etwaiger Vorgaben des Auftraggebers Dritten zugänglich zu machen. Der Auftraggeber ist berechtigt, an seine Erfüllungsgehilfen Nutzungsrechte zu erteilen, soweit dies für die Vertragserfüllung erforderlich ist. Im Übrigen ist das Nutzungsrecht nicht übertragbar. Der Auftragnehmer ist berechtigt und verpflichtet, über die Dauer des Vertrages hinaus Inhalte des Auftraggebers vorzuhalten, soweit dies technisch und rechtlich erforderlich ist.

§ 8 Leistungsübergabe

Der Auftragnehmer stellt die vertragsgegenständlichen Leistungen bis zu dem in seinem Verfügungsbereich stehenden Netzknotenpunkt zum öffentlichen Netz („Leistungsübergabepunkt“) bereit. Der Auftragnehmer wird die Service Levels (**Anlage 02**) bis zu diesem Leistungsübergabepunkt einhalten. Für die Feststellung der Einhaltung dieser Service Levels erfolgt eine Messung bis zu vorgenanntem Leistungsübergabepunkt.

§ 9 Vorgehensweise bei Change Requests

1. Die solid ist berechtigt, vom Auftragnehmer Änderungen (insbesondere hinsichtlich Art und Umfang) der vertraglich vereinbarten Leistungen gemäß den nachfolgenden Regelungen zu verlangen.
2. Der Auftragnehmer wird den Änderungsvorschlag innerhalb einer von der solid jeweils festgesetzten Frist prüfen und ein Nachtragsangebot erstellen. Der Auftragnehmer ist berechtigt, die Änderung zu verweigern, soweit diese aus technischen Gründen unmöglich ist.
3. Lehnt der Auftragnehmer einen Änderungsvorschlag berechtigter Weise ab oder erweist sich dieser nach durchgeführter Detailprüfung begründeter Weise nicht ausführbar, wird die vertragliche Zusammenarbeit auf der Grundlage der bestehenden Vereinbarungen fortgesetzt. Dies gilt auch, wenn der Auftraggeber ein Änderungsangebot vom Auftragnehmer nicht annimmt.
4. Mehraufwand für geänderte Leistungen ist nur zu vergüten, wenn die Änderung in Schriftform beauftragt wurde.

§ 10 Datenschutz & IT-Sicherheit

1. Die Parteien werden die jeweils geltenden datenschutzrechtlichen Bestimmungen beachten und ihre jeweiligen, mit der Erbringung vertragsgegenständlicher Leistungen betrauten Arbeitnehmer, Subunternehmer etc. auf das Datengeheimnis verpflichten, soweit diese nicht bereits allgemein entsprechend verpflichtet sind. Die Verantwortlichkeit zum Datenschutz wird in **Anlage 03** geregelt.
2. Der Auftragnehmer stellt sicher, dass die Securityanforderungen gemäß **Anlage 05** umgesetzt werden.

§ 11 Vertraulichkeit

1. „Vertrauliche Informationen“ sind alle Informationen und Unterlagen der jeweils anderen Partei, die als vertraulich gekennzeichnet oder aus den Umständen heraus als vertraulich anzusehen sind, insbesondere Informationen über betriebliche Abläufe, Geschäftsbeziehungen und Know-how.
2. Die Parteien vereinbaren, über vertrauliche Informationen Stillschweigen zu wahren.
3. Von dieser Verpflichtung ausgenommen sind solche vertraulichen Informationen,
 - a) die dem Empfänger bei Abschluss des Vertrags nachweislich bereits bekannt waren oder danach von dritter Seite bekannt werden, ohne dass dadurch eine Vertraulichkeitsvereinbarung, gesetzliche Vorschriften oder behördliche Anordnungen verletzt werden;
 - b) die bei Abschluss des Vertrags öffentlich bekannt sind oder danach öffentlich bekannt gemacht werden, soweit dies nicht auf einer Verletzung dieses Vertrags beruht;
 - c) die aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen oder auf Anordnung eines Gerichts oder einer Behörde offengelegt werden müssen. Soweit zulässig und möglich, wird der zur Offenlegung verpflichtete Empfänger die andere Partei vorab unterrichten und ihr Gelegenheit geben, gegen die Offenlegung vorzugehen.

4. Die Parteien werden nur solchen Beratern Zugang zu vertraulichen Informationen gewähren, die dem Berufsgeheimnis unterliegen oder denen zuvor den Geheimhaltungsverpflichtungen dieses Vertrags entsprechende Verpflichtungen auferlegt worden sind. Des Weiteren werden die Parteien nur denjenigen Mitarbeitern die vertraulichen Informationen offenlegen, die diese für die Durchführung dieses Vertrags kennen müssen, und diese Mitarbeiter auch für die Zeit nach ihrem Ausscheiden in arbeitsrechtlich zulässigem Umfang zur Geheimhaltung verpflichten.

§ 12 Vertragsstrafe

Sollten die in § 2 Ziff. 1 nicht kategorisierten Leistungsbestandteile aus Gründen, die im Verantwortungsbereich des Auftragnehmers liegen, nicht oder nicht vollumfänglich erfüllt werden, greift folgende Regelung:

1. Der Auftraggeber ist für den Fall der Überschreitung von vereinbarten Vertragserfüllungsterminen um mehr als sieben Kalendertage berechtigt, für jeden Kalendertag, an dem sich der Auftragnehmer mit der Einhaltung des jeweiligen Vertragserfüllungstermins in Verzug befindet, eine Vertragsstrafe in Höhe von maximal 0,5 % des Auftragswertes zu verlangen. Satz 1 gilt auch für Überschreitungen von vereinbarten Teilabnahmeterminen und für Termine, die während der Vertragslaufzeit vom Auftraggeber gesetzt und vom Auftragnehmer nicht eingehalten wurden. Die Vertragsstrafe bezieht sich jeweils auf den auf die Teilleistung entfallenden Anteil am Auftragswert. Insgesamt darf die Summe der aufgrund dieser Regelung zu zahlenden Vertragsstrafen jedoch nicht mehr als 5 % des Auftragswertes betragen.
2. Die Geltendmachung eines weiteren Schadens durch den Auftraggeber ist nicht ausgeschlossen, jedoch wird die verwirkte Vertragsstrafe auf den Schadensersatz des Auftraggebers angerechnet

§ 13 Schadensersatz

1. Der Auftragnehmer leistet Gewähr für die vereinbarte Beschaffenheit sowie dafür, dass der Auftraggeber die Vertragssoftware ohne Verstoß gegen Rechte Dritter nutzen kann.
2. Der Auftragnehmer ist verpflichtet im Falle einer Nichterbringung der Pflichten einen pauschalisierten Schadensersatz gemäß SLA (**Anlage 02**) zu zahlen.

§ 14 Haftpflichtversicherung

Der Auftragnehmer hat zur Deckung seines Haftungsrisikos eine Betriebshaftpflichtversicherung abzuschließen, deren Bestehen spätestens bei Unterzeichnung der Rahmenvereinbarung nachzuweisen und für die Dauer der Vertragslaufzeit aufrecht zu erhalten ist. Die Deckungssumme muss mindestens 5,0 Mio. EUR pauschal für Personen-, Sach- und Vermögensschäden betragen. Der Auftraggeber hat das Recht der Nachprüfung und kann die Veränderung der Versicherung verlangen. Der Auftraggeber hat das Recht zur sofortigen Entziehung des Auftrages, falls der Auftragnehmer den oben genannten Verpflichtungen nicht nachkommt bzw. unrichtige Angaben hierzu gemacht hat.

§ 15 Probebetrieb

1. Der Auftragnehmer teilt der solid schriftlich mit, wenn der Leistungsumfang gemäß **Anlage 01** soweit erfüllt ist, dass ein Probebetrieb durchgeführt werden kann. Innerhalb von 10 Tagen nach Eingang der Mitteilung hat der Probebetrieb stattzufinden.
2. Für den Probebetrieb werden 10 Ladestationen (insgesamt für alle Auftraggeber) umgerüstet und die Funktionen des Anforderungskatalog (**Anlage 01**) eine Woche lang getestet.
3. Innerhalb des Probebetriebes festgestellte, dokumentierte und angezeigte Mängel sind von Auftragnehmer innerhalb von zwei Kalenderwochen zu beseitigen.

§ 16 Abnahme

1. Die Abnahme erfolgt durch die solid für alle Auftraggeber nach dem erfolgreichen Probebetrieb und vollständiger Integration. Die Abnahme erfolgt gemäß § 640 BGB und wird formal gemäß **Anlage 04** dokumentiert.

§ 17 Laufzeit und Kündigung

1. Der Vertrag tritt mit Unterzeichnung durch beide Vertragsparteien in Kraft.
2. Der Vertrag hat eine Erstlaufzeit von Laufzeit bis zum 30.06.2023.
3. Das Vertragsverhältnis kann von beiden Vertragsparteien mit einer Frist von sechs Kalendermonaten zum jeweiligen Quartalsende, frühestens jedoch zum Ablauf des 30.06.2023 gekündigt werden. Andernfalls verlängert sich der Vertrag jeweils um zwei Jahre.
4. Das Recht zur Kündigung des Auftraggebers aus wichtigem Grund (§ 314 BGB) bleibt unberührt. Als wichtiger Grund gilt insbesondere, wenn
 - innerhalb eines Zeitraumes von vier Wochen drei Störungen der Fehlerkategorie 1 oder acht Störungen der Fehlerkategorie 2 gemäß SLA (**Anlage 02**) auftreten;
 - der Auftragnehmer wiederholt mangelhaft oder nicht leistet;
 - der Auftragnehmer wiederholt wesentliche Vertragspflichten verletzt;
 - ein nicht nur geringfügiger Verstoß gegen Datenschutz- und/oder Vertraulichkeitsbestimmungen vorliegt;
 - wenn die Produkteigenschaften und Qualitätsparameter nicht eingehalten werden;
 - wenn das Gesamtsystem gleich aus welchem Grund für einen Zeitraum von mindestens 30 Tagen nicht zur Verfügung steht
 - sich beim Auftragnehmer eine grundlegende Veränderung der Gesellschafterstruktur ergeben sollte. In diesem Fall hat der Auftragnehmer die solid vor Eintritt des Gesellschafterwechsels rechtzeitig zu informieren.
5. Alle Kündigungen nach diesem Vertrag haben in Schriftform zu erfolgen.

§ 18 Wettbewerbsklausel

1. Für die Dauer dieses Vertrages wird der Auftragnehmer ohne Zustimmung des Auftraggebers nicht in direkten Kontakt zu den Kunden des Auftraggebers treten, ihnen keinerlei Auskunft erteilen und insbesondere keine Geschäftsbeziehung mit diesen eingehen. Die Zustimmung kann nur aus berechtigten Gründen verweigert werden.

§ 19 Schulungen

1. Der Auftragnehmer bietet mindestens eine Schulung pro Jahr an einem von der solid festgelegten Ort. Inhalte der Schulung sollen vom alltäglichen Umgang mit der Vertragssoftware und deren Verwendung während der Inbetriebnahme bis zur ausführlichen Fehleridentifikation reichen.
2. Der Auftragnehmer muss für die Mitarbeiter des Zentralen Störungsmanagement (ZSM) der Auftraggeber mindestens eine Schulung pro Jahr über Betrieb der Ladeinfrastruktur am Standort des ZSM (Deutschland) anbieten. Die Schulung muss insbesondere dazu dienen, die Mitarbeiter auf die Bearbeitung von Störungs- und Schadensmeldungen vorzubereiten.

§ 20 Sonstiges

1. Für den Fall der Insolvenz des Auftragnehmers wird sich dieser im Rahmen seiner Möglichkeiten um den weiteren Betrieb und die Nutzung des Backendsystems bemühen.
2. Auf Verlangen des Auftraggebers ist das Gesamtsystem durch einen von den Auftraggebern auszuwählenden externen Wirtschaftsprüfer und/oder IT Sachverständigen prüfen zu lassen. Dabei sind die einschlägigen IDW-Prüfungsstandards zu beachten. Das Abrechnungssystem hat den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (§§ 238, 239 und 257 HGB), der Abgabenordnung (§§ 145 -147 AO), den Grundsätzen ordnungsgemäßer DV-gestützter Buchführungssysteme sowie den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung (GoB) zu entsprechen. Falls dies benötigt wird, werden die Kosten für den Prüfer von den Auftraggebern getragen, soweit keine Beanstandungen festgestellt werden. Im Übrigen trägt der Auftragnehmer die Kosten.
3. Änderungen und Ergänzungen dieser Vereinbarung bedürfen der Schriftform; dies gilt auch für eine Änderung des Schriftformerfordernisses selbst. Elektronische Dokumente in Textform erfüllen das Schriftformerfordernis nicht.
4. Für den Fall, dass einzelne Bestimmungen dieser Vereinbarung ganz oder teilweise unwirksam oder undurchführbar sind oder werden, oder für den Fall, dass diese Vereinbarung Lücken enthält, wird dadurch die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen dieser Vereinbarung nicht berührt. Anstelle der unwirksamen, undurchführbaren oder fehlenden Bestimmung gilt eine solche wirksame und durchführbare Bestimmung als zwischen den Parteien vereinbart, wie sie die Parteien unter Berücksichtigung des wirtschaftlichen Zwecks dieser Vereinbarung vereinbart hätten, wenn ihnen beim Abschluss dieser Vereinbarung die Unwirksamkeit, Undurchführbarkeit oder das Fehlen der betreffenden Bestimmung bewusst gewesen wäre. Die Parteien sind verpflichtet, eine solche Bestimmung in gebotener Form, jedoch zumindest schriftlich, zu bestätigen.

5. Diese Vereinbarung unterliegt dem Recht der Bundesrepublik Deutschland. Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus oder im Zusammenhang mit dieser Vereinbarung ist Nürnberg.
6. Sämtliche in diesem Vertrag genannten Anlagen sind Vertragsbestandteil.

Bei Widersprüchen der Regelungen gilt die folgende Reihenfolge:

- a. Dieser Vertrag
- b. Anforderungskatalog (Anlage 01)
- c. Preisblatt (Anlage 07)
- d. Servicelevel Agreement (Anlage 02)
- e. Vereinbarung zur Auftragsverarbeitung (Anlage 03)
- f. Vereinbarung zur Informationssicherheit (Anlage 05)
- g. Probebetrieb und Abnahme (Anlage 04)
- h. Vertraulichkeitsvereinbarung (Anlage 06)
- i. Liste Ladepunkte (Anlage 09)

Auftragnehmer

Auftraggeber vertreten durch solid GmbH

Ort, Datum

Ort, Datum

Anlagenverzeichnis

- 1) Anforderungskatalog (Anlage 01)
- 2) Servicelevel Agreement (Anlage 02)
- 3) Vereinbarung zur Auftragsverarbeitung (Anlage 03)
- 4) Probebetrieb und Abnahme (Anlage 04)
- 5) Vereinbarung zur Informationssicherheit (Anlage 05)
- 6) Vertraulichkeitsvereinbarung (Anlage 06)
- 7) Preisblatt (Anlage 07)
- 8) Liste der Auftraggeber (Anlage 08)
- 9) Liste Ladepunkte (Anlage 09)
- 10) Erklärung zur Einhaltung des Mindestlohns (Anlage 10)
- 11) Schutzzerklärung „Scientology“ (Anlage 11)